

Europa

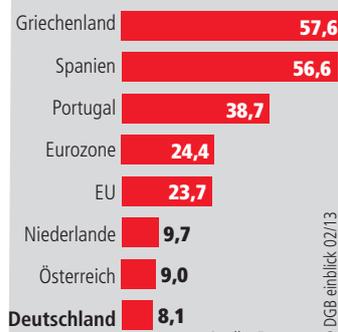
Hände weg von der Tarifautonomie

Widerstand ist angesagt: Im Schatten der Krise propagieren konservative Politiker einen Komplettumbau der Europäischen Union. Sie wollen Europa mit Strukturreformen flexibler und wettbewerbsfähiger machen – und meinen damit den Abbau von Arbeitnehmerrechten und sozialen Kahlschlag. Wohin die Reise gehen soll, hat Ende Januar der britische Premier David Cameron in London klar gemacht. „Seine Rede ist eine Kampfansage an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Europas“, stellt Annelie Buntenbach fest, im DGB-Bundesvorstand für Europapolitik zuständig. „Endlich gibt einer zu, was viele denken, aber nicht offen aussprechen. Man nutzt die Krise, um Europa vollständig umzubauen und auf neoliberalen Kurs zu bringen.“ So hat Cameron unverblümt erklärt: „Die Europäische Union wird eine ganz andere sein, wenn sie die Krise der Eurozone überstanden hat. Die Maßnahmen, die zur Rettung der Eurozone notwendig sind, werden sie möglicherweise bis zur Unkenntlichkeit verändern.“

An diesem Umbau arbeiten Troika wie EU-Kommission derweil be-

Jugend ohne Chance

Saisonbereinigte Jugendarbeitslosenquote in ausgewählten EU-Staaten, Stand: November 2012 (in Prozent)



Quelle: Eurostat

© DGB einblick 02/13

Die Krisenpolitik der EU und die rigide Sparpolitik der Mitgliedstaaten schaden dem Wachstum und sorgen nicht für mehr Wettbewerbsfähigkeit. Vielmehr steigt die Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Jugendlichen, vor allem in den Krisenländern.

reits mit Hochdruck. Sie fordern von den Krisenländern, das Arbeitsrecht zu schleifen, Löhne zu senken und Gewerkschaften zu schwächen. Zudem sind neue EU-Vorgaben in Arbeit, um die Wirtschaft zu entlasten, euphemistisch wird dies im EU-Jargon „smart regulation“ genannt.

Selbst die in Deutschland und anderen EU-Ländern verfassungs-

rechtlich garantierte Tarifautonomie hat Brüssel längst ins Visier genommen. Seit Beginn der Eurokrise mischt sich die EU-Kommission immer stärker in die Belange der Tarifpartner ein, obwohl die EU-Verträge das eindeutig ausschließen. „Beschäftigungsfreundlich“ sind aus Kommissionsicht „Reformen“, die den Geltungsbereich von Tarifverträgen reduzieren, die Tarifverhandlungen zunehmend auf die betriebliche Ebene verlagern und die „insgesamt zu einer geringeren Verhandlungsmacht der Gewerkschaften führen“.

Mit dem „Mechanismus gegen makroökonomische Ungleichgewichte“ wurden Obergrenzen festgelegt: Steigen die Löhne in einem Land nach Ansicht der EU-Kommission zu schnell und unternimmt die jeweilige Regierung nichts dagegen, drohen hohe Geldstrafen. Eine „tripartite Lohnbeobachtungsgruppe“, der Arbeitgeber, Kommission und Gewerkschaften angehören, soll die Lohnpolitik der EU-Mitgliedsstaaten „koordinieren“.

Diese Angriffe auf die Tarifautonomie stoßen nicht nur auf den entschiedenen Widerstand der Gewerkschaften, auch der Arbeitgeberverband BDA lehnt den Vorstoß aus Brüssel strikt ab. Der DGB hat sich jetzt für eine „Politik des leeren Stuhls“ entschieden und nimmt an dem ersten dreigliedrigen EU-Treffen zur Lohnpolitik nicht teil. „Wir lassen uns nicht zum Erfüllungsgehilfen der Kommission machen und wollen die Angriffe auf die Tarifautonomie nicht durch unsere Teilnahme legitimieren“, stellt Annelie Buntenbach klar. •

plusminusBERLIN

+ Johannes Singhammer (CDU), Bundestagsfraktionsvize der Union, kritisiert die Richtlinienpläne der EU zur Konzessionsvergabe. Private Unternehmen würden „nicht immer wirtschaftlicher arbeiten als die öffentliche Hand“.

- Bestehende Kontrollen über Missbräuche bei Werksverträgen hält der Staatssekretär Hans-Joachim Fuchtel (CDU) für ausreichend. Im Bundesarbeitsministerium gehe man davon aus, „dass die Behörden ihrer Verpflichtung in vollem Umfang nachkommen“.

inhalt

Seite 3

Defizite und Hindernisse

Um Fachkräfte zu sichern, muss die Politik bestehende Defizite beseitigen, fordert der DGB. Institutionelle Hindernisse erschweren zum Beispiel Müttern und Langzeitarbeitslosen den Zugang zum Arbeitsmarkt

Seite 5

Mehr ist machbar

Täglich sind 2012 knapp 1000 Menschen in die Gewerkschaft eingetreten. Die Gewerkschaften haben den Mitglieder-rückgang gestoppt

Seite 7

Schöngefärbte Botschaften

Auf Sonntagsreden zu familienfreundlichen Arbeitszeiten folgen Werktagsreden zur Alltagsrealität, stellt Autor Thomas Gesterkamp fest. Positive Beispiele sind eher selten zu finden



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.ruhrfestspiele.de
Das aktuelle Programm der Ruhrfestspiele Recklinghausen 2013 ist online

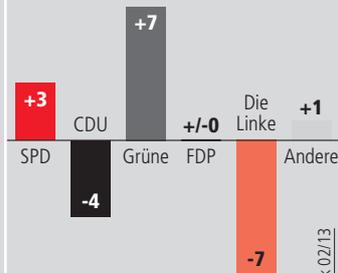
Hintergrund

www.nord.dgb.de/ltJ7
Tipps und Ratschläge des DGB Nord zum Thema „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz“

Mit zusammen 61 Prozent erreichten SPD und Grüne bei der Wahl in Niedersachsen unter den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen die absolute Mehrheit. Den höchsten Zuwachs unter den GewerkschafterInnen können die Grünen mit einem Plus von sieben Prozentpunkten verbuchen. Hohe Verluste musste die Linke mit einem Minus von sieben Prozentpunkten hinnehmen. Vor allem bei den Gewerkschaftsfrauen steht Rot-Grün hoch im Kurs: 67 Prozent von ihnen votierten für Rot-Grün (SPD: 47,2%, Grüne: 19,8%) gegenüber 58,1 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Männer (SPD: 46,4%, Grüne: 11,7%).

Gewinne für die Grünen, Verluste für die Linke

Stimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* bei der Landtagswahl 2013 in Niedersachsen – Veränderungen gegenüber 2008 (in Prozent)

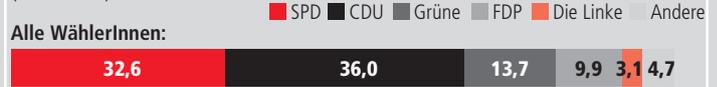


*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z.B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 02/13

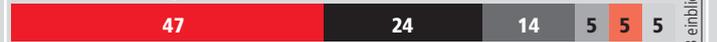
GewerkschafterInnen: Klare Mehrheit für Rot-Grün

Zweitstimmen bei der Landtagswahl in Niedersachsen vom 20. Januar 2013 (in Prozent)



Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2013/ Landeswahlleiterin Niedersachsen

Gewerkschaftsmitglieder*:

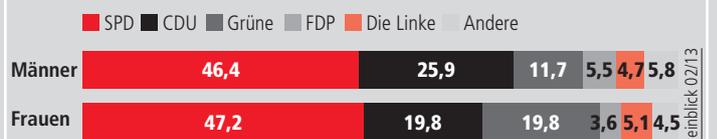


*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z.B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 02/13

Gewerkschaftsfrauen: Grüne und CDU gleich auf

Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* bei der Landtagswahl 2013 in Niedersachsen nach Geschlecht (in Prozent)



*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z.B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 02/13

Finanzmarkt

Künftige Steuer sinnvoll einsetzen

Die Besteuerung des börslichen und außerbörslichen Handels von Wertpapieren – von den Gewerkschaften schon lange gefordert – hat die erste Hürde genommen. Die so genannte Finanztransaktionssteuer (FTT) will Deutschland gemeinsam mit weiteren zehn EU-Ländern einführen. Erwartet wird jetzt, dass die EU-Kommission möglichst schnell einen entsprechenden Richtlinienentwurf erarbeitet, der dann zwischen den Staaten verhandelt und anschließend in nationales Recht umgesetzt werden muss. Der DGB und auch das Bündnis „Steuern

gegen Armut“, dem neben dem DGB weitere 96 Organisationen angehören, warten derzeit auf die Details dieses Entwurfs. Dabei wird es vor allem darum gehen, zu verhindern, dass durch ungerechtfertigte Ausnahmen und zu geringe Sätze aus der Steuer kein stumpfes Schwert im Kampf gegen die Finanzspekulation wird.

Nach den bisherigen Plänen der EU-Kommission sollen Aktien und Anleihen mit 0,1 Prozent und der Derivatehandel mit 0,01 Prozent besteuert werden. Ebenso ist die Verwendung der Einnah-

men offen. Der DGB möchte die FTT-Mittel für den „Europäischen Zukunftsfonds“ einsetzen, den er in seinem Marshallplan für die EU (einblick 22/12) fordert. Neben der Bekämpfung der Krisenlasten in Deutschland und der EU will das Bündnis „Steuer gegen Armut“ das Geld auch für den Schutz von Klima und Umwelt sowie für die Entwicklungszusammenarbeit verwendet wissen. Derzeit ist jedoch nicht nur die Ausgestaltung der Richtlinie noch offen, sondern ebenso, wie die elf Länder diese zusätzlichen Steuereinnahmen einplanen. •

www.dgb.de/15Vx

www.steuer-gegen-armut.org

Aufsichtsräte

Erfolgsfaktor Mitbestimmung

„Mitbestimmung ist ein unverzichtbarer Bestandteil guter Unternehmensführung“, betonte DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel Ende Januar auf der Tagung „Mitbestimmung im Weltkonzern – Handlungsspielräume für Aufsichtsräte“, veranstaltet von DGB und Hans-Böckler-Stiftung. ArbeitnehmerInnen im Aufsichtsrat hätten durch die Mitbestimmung einen „gleichberechtigten Anteil an der Kontrolle und Beratung des Vorstandes“, unterstrich Hexel. So werde aus der „Blackbox Aufsichtsrat ein für die Beschäftigten begreifbares Unternehmensorgan“. •

Tarifrunde 2013

Deutliches Plus erwartet

Für rund 12,5 Millionen Beschäftigte laufen in diesem Jahr die Lohn- und Gehaltstarifverträge aus. Die Tarifforderungen der Gewerkschaften liegen zwischen 5 und 6,6 Prozent. Nach dem Überblick des Tarifarchivs des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung wurden bislang folgende Forderungen aufgestellt: Im Öffent-

lichen Dienst (Länder) fordert ver.di 6,5 Prozent mit einer sozialen Komponente. Die EVG will bei der Deutschen Bahn ebenfalls 6,5 Prozent durchsetzen. In der Holz- und Kunststoffindustrie geht die IG Metall mit dem Angebot von 5 Prozent in die Verhandlungen. Für die Energiewirtschaft fordern ver.di und IG BCE ein Plus von 6,5 Prozent. Im Bauhauptgewerbe geht es um 6,6 Prozent. Die NGG erwartet je nach Branche eine Steigerung zwischen 5 und 6 Prozent. •

www.bit.ly/wsi_tarifinfos

Stress am Arbeitsplatz

Politik gefordert

Über 40 Prozent der Berufstätigen klagen über Stress am Arbeitsplatz. Der „Stressreport 2012“ der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) belegt zudem, dass sich jede/r Fünfte überfordert fühlt. Für die Gewerkschaften bestätigt das ihre Forderung nach einer Anti-Stress-Verordnung. Auch deshalb, weil eine Vereinbarung von DGB, Arbeitgeberverbän-

den (BDA) und Bundesarbeitsministerium zum Thema am Widerstand der Arbeitgeber gescheitert ist. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach erwartet nun klare Regeln, mehr Mitbestimmung und Sanktionen gegen die Unternehmen, die das Arbeitsschutzgesetz nicht einhalten. •

Infos zum Thema liefert der DGB-Index Gute Arbeit 2012: www.dgb.de/1taf

Potenziale nutzen, Defizite beseitigen

Der Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Fachkräftesicherung zeigt vor allem eines: In Deutschland kann und muss mehr getan werden, um bestehende Potenziale besser zu nutzen.

Für die schwarz-gelbe Bundesregierung belegt der von ihr vorgelegte Fortschrittsbericht zur Fachkräftesicherung erste positive Effekte. Sie hält die gestiegene Erwerbsbeteiligung und den leichteren Zugang ausländischer Fachkräfte zum Arbeitsmarkt für Erfolge. Dagegen steht für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach fest: „Die Fachkräftesicherung funktioniert allenfalls bei der Zuwanderung, während es nach wie vor Defizite und institutionelle Hindernisse gibt, das bestehende Fachkräftepotenzial im Inland auszuschöpfen.“

So sei es beispielsweise nicht gelungen, Langzeitarbeitslose stabil in Beschäftigung zu bringen. Vielmehr hätten prekäre Arbeitsverhältnisse zugenommen. Statt die Arbeitssuchenden durch Qualifizierungsmaßnahmen zu unterstützen, haben Jobcenter und Bundesagentur „fast 900 Millionen Euro an Mitteln für die Arbeitslosen nicht ausgegeben“. Durch den deutlich reduzierten Einsatz von Mitteln für Qualifizierung seien von den Maßnahmen keine Impulse für die Fachkräftesicherung ausgegangen. Buntenbach betont: „Im Inland ist mehr möglich, aber Fachkräftesicherung gibt es nicht zum Nulltarif.“

Wie zum Beispiel im Pflegebereich. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird bis 2030 um 41,7 Prozent steigen. Damit geht ein höherer Bedarf an Pflegekräften einher. Nach Angaben von ver.di werden dann rund 260 000 Beschäftigte fehlen. Herbert Weisbrod-Frey, Bereichsleiter Gesundheitspolitik beim ver.di-Bundesvorstand, erläutert, was zu tun ist: „Wer in der Pflege arbeitet, braucht Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen, eine tarifliche Bezahlung und

Vor allem Teilzeit

Anteil verschiedener Arbeitszeitmuster von erwerbstätigen Müttern mit dem jüngsten Kind zwischen zwei und drei Jahren (in Prozent)



*mehr als 32 Stunden
Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2013

Auch die Arbeitszeit spielt beim Thema Fachkräftesicherung eine Rolle. Doch dem Wunsch vieler Frauen nach einer höheren Wochenarbeitszeit stehen Hindernisse im Weg. So gibt es weiterhin nicht genügend Kitas. Eine Folge: 39 Prozent der erwerbstätigen Mütter mit Kindern im Alter zwischen zwei und drei Jahren arbeiteten im Jahr 2011 lediglich in Teilzeit.

geregelter Arbeitsbedingungen. Die Ausbildung muss gefördert werden. Dass es noch Bundesländer gibt, in denen für die Altenpflegeausbildung Schulgeld erhoben wird, ist ein Skandal. Nur mit guter Arbeit und fairen Bedingungen lassen sich mehr Menschen für die Altenpflege gewinnen.“

Auch in anderen Branchen muss mehr für die Nachwuchssicherung getan werden. Ein großer Anteil unbesetzter Stellen und eine hohe Abbruchquote deuten häufig auf massive Probleme hin. So beendet fast jeder zweite Koch oder Kellner vorzeitig seine Ausbildung. Bei Fleischern, Bäckern und Gebäudereinigern fast jeder Dritte. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende

Ingrid Sehrbrock fordert deshalb, dass ausbildungsbegleitende Hilfen zum Standardangebot werden. „Jedem Jugendlichen muss eine fachliche und sozialpädagogische Begleitung zur Verfügung stehen.“ Außerdem sei es notwendig, dass künftig unabhängige Stellen die Unternehmen von Zeit zu Zeit kontrollieren und – wenn nötig – auch sanktionieren, so Sehrbrock.

Annelie Buntenbach kritisiert zudem, dass immer noch zu viele Jugendliche in Warteschleifen sind, weil sie keinen passenden Ausbildungsplatz finden. „Die Unternehmen müssen sich mehr um schwächere Jugendliche kümmern.“ Dafür bedürfe es in Mangelberufen bessere Rahmenbedingungen: eine höhere Ausbildungsvergütung und Aussicht auf Übernahme. Kritisch weist der Fortschrittsbericht auf die geringe durchschnittliche Arbeitszeit der Frauen hin. „Zu Recht“, findet Annelie Buntenbach. Allerdings nennt sie auch einen wichtigen Grund für den in einigen Regionen hohen Anteil von Minijobberinnen. „Hauptursache hierfür ist die Minijobregelung, die von der Bundesregierung noch ausgeweitet statt eingedämmt wurde.“

Fest steht: Der Fortschrittsbericht zeigt viele Bereiche, in denen weitere Anstrengungen notwendig sind. So müssen Bildungschancen verbessert, Aus- und Weiterbildung gestärkt und Ältere, Geringqualifizierte und MigrantInnen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. ●

Anzeige

ACE Auto Club Europa
Verkehrssicherheit vor Motorsport!
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Grundbildung stärken

Rund 14 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung hierzulande – mehr als 7,5 Millionen Menschen – sind funktionale Analphabeten. Um die Fachkräfte der Zukunft zu sichern, müssen auch diese Menschen Chancen auf einen Job haben. Aus diesem Grund hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz die „Nationale Strategie für Grundbildung und Alphabetisierung“ ins Leben gerufen.

Der DGB unterstützt das Bündnis. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock erklärt: „Analphabetismus ist in Deutschland stärker verbreitet, als man denkt. Lesen und Schreiben sind der Schlüssel zum Arbeitsmarkt.“ Kritik übt Sehrbrock an den Arbeitgebern, die sich nicht am Bündnis beteiligen. Es sei unglaublich, „lauthals über den Fachkräftemangel zu klagen und sich dem Thema der Alphabetisierung zu verschließen.“

Mehr dazu:
www.dgb.de/itd

Finanzmarkt

Gefährliche Produkte gesucht

Die Nichtregierungs-Organisationen „WEED“ und „share“ haben gemeinsam mit dem grünen Europaabgeordneten Sven Giegold einen Wettbewerb gestartet, um das gefährlichste Finanzprodukt in Europa zu finden. Bis zum 15. Februar können BürgerInnen, VerbraucherschützerInnen und Finanz-

Anzeige



Gelebte Demokratie mit 5 Buchstaben? ACE e.V.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

expertInnen ihre Vorschläge online einreichen. Eine Expertenjury wählt dann in einer Vorauswahl die drei gefährlichsten Produkte aus. Über diese kann vom 25. Februar bis zum 3. März im Netz abgestimmt werden. Nach dem der „Sieger“ auserkoren ist, will das Bündnis dann ein Verbot durch die europäische Finanzaufsicht erwirken. Weitere Infos zum Wettbewerb und zur europäischen Finanzaufsicht gibt es im Internet. •

www.gefaehrlichstes-finanzprodukt.eu

interregio

••• Der **DGB Berlin-Brandenburg** und der gewerkschaftliche Bildungsträger Arbeit und Leben e.V. Berlin haben ein **Projekt zur Alphabetisierung in der Spedition- und Logistikbranche** gestartet. Laut Studien können 7,5 Millionen Menschen nicht richtig lesen und schreiben. Rund die Hälfte ist erwerbstätig, viele davon in dieser Branche. Die DGB-Bezirksvorsitzende Doro Zinke erklärt das

ver.di-Projekt

Innovation für gute Arbeit

Im Jahr 2010 erwirtschaftete der Dienstleistungssektor rund 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Ein wichtiger Erfolgsfaktor dabei waren Innovationen, die in den Unternehmen durchgesetzt wurden – nicht zuletzt durch Beschäftigte und Betriebsräte. ver.di zeigt im Reader „Dienstleistungsinnovationen“, welche Potenziale stetige Neuerung in den Branchen haben. ExpertInnen aus Wissenschaft und Praxis stellen erfolgreiche Ansätze aber auch Herausforderungen dar. So können Innovationen im Dienstleistungsbereich gute Arbeit ermöglichen. Mehrere Beiträge erläutern die Möglichkeiten von ArbeitnehmervertreterInnen, innovative Prozesse zu initiieren und stellen tarifliche Regelungen zur Weiterbildung vor. Der Reader steht im Internet zum Download bereit. •

www.bit.ly/verdi_inno2013

Mobile Arbeitnehmer

Neues Büro eröffnet

ArbeitnehmerInnen aus den osteuropäischen Ländern können sich ab sofort in Mainz rechtliche Unterstützung für ihren Job in Deutschland holen. Klaus Wiesehügel, IG BAU-Vorsitzender und Vorstands-

Projektziel: „Grundbildung sichert Arbeitsplätze.“ Schirmherr ist Ralf Wieland (SPD), Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses.

www.berlin-brandenburg.dgb.de/-I5vE

••• Der **DGB Hessen-Thüringen** hat gemeinsam mit vier anderen Organisationen das **Bündnis für eine faire Vergabe** in Hessen gestartet. Es fordert den hessischen Landtag auf, ein Ver-

Arbeiterbewegung

Ausstellung eröffnet

Mit einer großen Themenausstellung zur Arbeiterbewegung beleuchtet das Landesmuseum für Technik und Arbeit (Technoseum) vom 2. Februar an die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Unter dem Motto „Durch Nacht zum Licht“ zeigen Dokumente Erfolge und Niederlagen der Gewerkschaften, Parteien und Vereine. Die Ausstellung ist bis zum 25. August in Mannheim, anschließend in Chemnitz zu sehen. •

www.technoseum.de

mitglied im Europäischen Verein für Wanderarbeiterfragen (EVW), hat gemeinsam mit dem DGB-Landesvorsitzenden Dietmar Muscheid eine neue Beratungsstelle in der Landeshauptstadt eröffnet.

„Ob auf dem Bau, in der Gebäudereinigung, in der Pflege oder Agrarwirtschaft: Immer wieder stoßen wir auf Formen der ausbeuterischen Beschäftigung“, so Wiesehügel. Fehlende Sprachkenntnisse und Unwissen über die deutschen Arbeitsmarktregeln machten Wanderarbeiter zur „leichten Beute“. Die Beschäftigten können sich auf Rumänisch, Englisch und Deutsch beraten lassen. Das Büro befindet sich im DGB-Haus. •

www.west.dgb.de/-ltwF

gabegesetz zu verabschieden, das soziale und ökologische Standards „so weit wie möglich berücksichtigt“. Den von CDU und FDP vorgelegten Entwurf lehnen sie ab. Der DGB-Bezirksvorsitzende Stefan Körzell kritisiert: „Einem Wettbewerb, der Lohndumping und die Ausbeutung von Mensch und Natur zur Grundlage hat, erteilen wir eine klare Absage.“

www.hessen-thueringen.dgb.de/-ltfg

ver.di-Wettbewerb

Beste Kurzfilme gesucht

„Traumjob“ ist das Thema des ersten Kurzfilmwettbewerbs, den ver.di nun gestartet hat. Alle Interessierten sind aufgerufen, ihre Ideen und Assoziationen mit der Videokamera umzusetzen. Ob Animations-, Trick-, Puppen- oder Spielfilm – den RegisseurInnen sind keine Grenzen gesetzt. Einzige Bedingung: Der Film darf nicht länger als fünf Minuten sein. Einsendeschluss ist der 1. Mai. Weitere Infos gibt es im Internet. •

www.bit.ly/verdi_film2013

Personalräte-Preis 2013

Einsatz für Beschäftigte

Unter dem Motto „Initiativen für Beschäftigte“ will die Zeitschrift „Der Personalrat“ auch 2013 wieder engagierte Personalräte auszeichnen. Für den Personalräte-Preis 2013 werden Projekte und Initiativen gesucht, die sich in den Jahren 2011 bis 2013 für gute Arbeitsbedingungen und bessere soziale Rahmenbedingungen stark gemacht haben. Wichtige Kriterien der Jury bei der Bewertung sind Innovationsgrad, Originalität, Nachhaltigkeit und sozialer Einsatz. Jedes eingereichte Projekt nimmt am von der HUK-Coburg ausgelobten Sonderpreis teil. Einsendeschluss ist der 31. Mai 2013. •

www.bit.ly/per_preis_2013

Anzeige



Verkehrspolitik mit Zukunft: sozial und ökologisch.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

GEWERKSCHAFTEN

Mitgliederentwicklung

Mehr ist machbar

Den Gewerkschaften ist es 2012 gelungen, den Mitgliederrückgang zu stoppen und die Mitgliederzahlen bei rund 6,15 Millionen zu stabilisieren. Vier Gewerkschaften, die IG Metall, die NGG, die GEW und die GdP, konnten 2012 ein Mitgliederplus erzielen.

Ende 2012 zählten die acht DGB-Gewerkschaften insgesamt 6 151 184 Mitglieder. „Das entspricht einem kleinen Rückgang von 0,08 Prozent, liegt damit also im Promillebereich. Mit dieser ‚roten Null‘ ist erfreulicherweise der Mitgliederrückgang der letz-

ten Jahre gestoppt“, erklärt DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. „Die deutschen Gewerkschaften sind wieder sehr attraktiv“, resümiert er. Im Schnitt sind 2012 täglich 923 Menschen neu in die Gewerkschaft eingetreten, deutlich mehr als in den Vorjahren. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Abgänge verringert. „Über fast 1000 neue Mitglieder täglich würde sich manche andere Organisation freuen“, so Hexel. Insgesamt haben die Gewerkschaften im DGB 337 971 neue Mitglieder geworben. Mit der

GEW, (+ 1,3 %), der GdP (+ 0,9 %), der IG Metall (+ 0,8 %) und der NGG (+ 0,3%) sind vier DGB-Gewerkschaften auch im Saldo nach Abzug der Abgänge im Plus. Wie bereits 2011 konnten die Gewerkschaften insbesondere bei der Jugend punkten. Bei den Mitgliedern bis 27 Jahre beträgt der Zuwachs 3,6 Prozent, und der Jugendanteil unter allen Mitgliedern ist auf über acht Prozent gestiegen. Für Dietmar Hexel ist das ein Signal, „dass auch morgen mit starken, selbstbewussten DGB-Gewerkschaften zu rechnen ist“. Beispiel IG Metall: Mit einem

Ausbildungsjahrgangs sind bereits Mitglied.

„Mehr ist machbar“, stellt Detlef Wetzels fest, nachdem die IG Metall gegenüber dem Vorjahr den Zuwachs von Mitgliedern von 0,28 auf 0,80 Prozent steigern konnte. Ende 2012 betrug die Zahl der Mitglieder der größten DGB-Mitgliedergewerkschaft 2 263 707. Das sind 17 947 mehr Mitglieder als 2011. „Unsere Mitgliederstärke macht uns durchsetzungsfähig“, betont Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall. Bereits im fünften Jahr in Folge ist es der GEW gelungen, 2012 ein Mitgliederplus zu erreichen. „Wir ernten die Früchte der Mitgliederoffensive, für die der Gewerkschaftstag 2005 den Startschuss gegeben hat. Wir freuen uns, dass sehr viele junge

Pädagoginnen und Pädagogen in die Bildungsgewerkschaft eintreten“, erklärt der GEW-

Vorsitzende Ulrich Thöne. Auch die GdP hat wie bereits in den letzten drei Jahren ihre Mitgliederzahl erhöht – 2012 um 0,88 Prozent.

Die zweitgrößte DGB-Gewerkschaft ver.di hat das Jahr 2012 mit dem geringsten Mitgliederverlust seit der Gründung abgeschlossen. Zum 31.12.2012 waren insgesamt 2 061 198 Mitglieder in ver.di organisiert. 2012 traten 118 602 Mitglieder neu ein. „Die Trendwende ist noch nicht geschafft, aber sie kommt in Sicht“, fasst der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske zusammen. Auch bei der IG BAU „hält der Trend zur Stabilisierung weiter an“, sagt ihr Vorsitzender Klaus Wiesehügel. So konnte der Mitgliederrückgang gegenüber 2011 um 0,2 Prozentpunkte verringert werden. Für 2013 rechnet er wegen der Tarifrunden und der besseren Beschäftigungssituation in der Baubranche mit mehr Neuaufnahmen. Dauerarbeitslosigkeit sei nach wie vor ein Hauptgrund der Mitglieder, die Gewerkschaft zu verlassen, betont Wiesehügel. ●

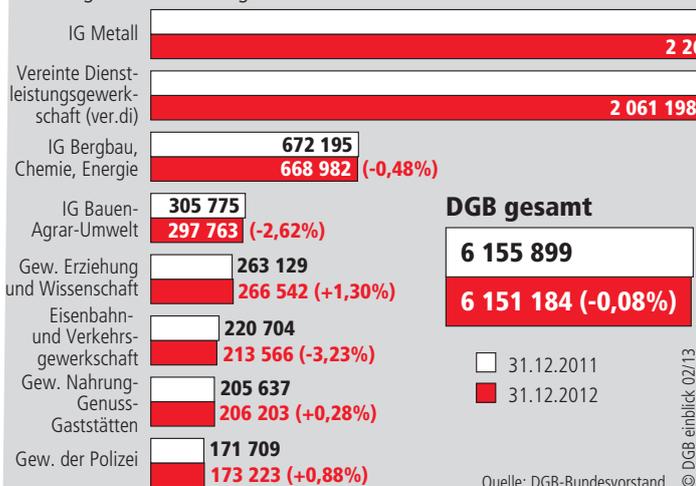
Immer mehr Berufstätige

„Zum zweiten Mal in Folge wachsen wir in den Betrieben wieder“, erklärt der IG BCE-Vorsitzende Michael

Vassiliadis. Wie die IG BCE konnte 2012 ein Großteil der DGB-Gewerkschaften den Anteil ihrer Mitglieder, die aktiv im Berufsleben stehen, erhöhen. Der NGG ist das bereits zum siebten Mal gelungen. „Der Mitgliederzuwachs ist keine Eintagsfliege. Wir gewinnen Mitglieder vor allem im Gastgewerbe sowie im Bäckerhandwerk“, stellt der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg fest. Und auch ver.di verzeichnete erneut mehr Eintritte (114 647) als Austritte unter den Berufstätigen. Damit bleibt der Anteil erwerbstätiger Mitglieder, der bei der Gründung im Dezember 2001 bei gut 70 Prozent lag, stabil über 75 Prozent.

Mitgliederrückgang gestoppt

DGB-Mitgliederentwicklung 2011 – 2012



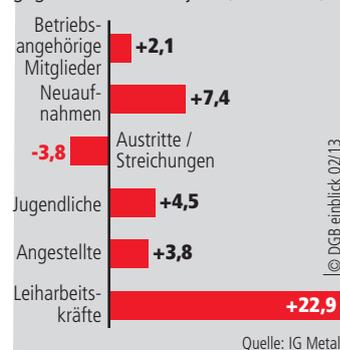
2012 ist es den DGB-Gewerkschaften gelungen, den Mitgliederrückgang zu stoppen. Vier Gewerkschaften – die GEW, die GdP, die NGG und die IG Metall – konnten ihre Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahr erhöhen.

Plus von 4,5 Prozent sind nun rund 223 000 unter 27-Jährige in der Gewerkschaft organisiert. „Wir bauen unsere Position als größte politische Jugendorganisation in Deutschland aus“, freut sich Detlef Wetzels, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. Auch ver.di konnte die Zahl der jungen Mitglieder um über 5000 auf nunmehr 108 746 steigern. Und die IG BCE war 2012 bei der Mitgliederwerbung unter den Auszubildenden so erfolgreich wie im vergangenen Jahr. Zwei von drei Jugendlichen des aktuellen

Jahrgangs sind bereits Mitglied.

Erfolge bei Jugend und Leiharbeitskräften

Veränderungen in der Mitgliederentwicklung der IG Metall in 2012 gegenüber dem Vorjahr (in Prozent)



Bereits 2011 hatte die IG Metall die Trendwende in der Mitgliederentwicklung erreicht. Im 2012 hat sie ihren erfolgreichen Kurs in der Mitgliederwerbung fortgesetzt. Besonders viele neue Mitglieder konnte sie bei der Jugend, bei den Leiharbeitskräften und den Angestellten werben.

kurz&bündig



Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg kritisiert das neue Siegel der Bundesregierung zur Kennzeichnung regionaler Lebensmittel. Es sorgt für mehr Verwirrung als für Klarheit. Der NGG fehlt zudem die soziale Komponente, dass die Ware auch in guter Arbeit hergestellt wurde.



Zu vage ist für ver.di die Gesetzesvorlage zum Leistungsschutzrecht für Presseverlage, die in der vergangenen Woche im Bundestag diskutiert wurde. Es fehle eine klare Aussage über die Beteiligung der UrheberInnen. Mindestens 50 Prozent verlangt ver.di für die Verfasser der Inhalte anstelle einer „angemessenen Beteiligung“.



Nach einer aktuellen Umfrage der EVG ist rund die Hälfte der Beschäftigten der Deutschen Bahn mit ihrem Arbeitgeber unzufrieden. Fast jeder Zweite kritisiert die fehlende Rücksichtnahme auf körperliche und psychische Gesundheit. Die EVG hofft, dass der Bahnvorstand sich eingehend mit den Ergebnissen auseinandersetzt.

IG Metall

Umfrage geplant

Ein positives Fazit des vergangenen Jahres hat die IG Metall auf ihrer Jahrespressekonferenz Ende Januar gezogen. Erneut habe sie einen Mitgliederzuwachs erzielt (siehe S. 5), ihre Beitragssituation weiter verbessert und ihre Durchsetzungsfähigkeit maßgeblich gesteigert, erklärten Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, und Detlef Wetzels, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 betonte Huber: „Die IG Metall erwartet von allen Parteien verantwortungsvolles Handeln gegenüber den Beschäftigten.“

Datenschutz

Erfolgreicher Protest

Das Gesetz zum Arbeitnehmerdatenschutz (*einblick 1/13*) wird nun doch noch einmal überarbeitet. Nach harscher Kritik der Gewerk-

schaften wurde der Gesetzentwurf ein zweites Mal kurzfristig von der Tagesordnung des Bundestags-Innenausschusses genommen. CDU-Fraktionsgeschäftsführer Michael Grosse-Brömer erklärte, die Bundesregierung wolle nach den erheblichen Protesten noch einmal mit allen Beteiligten Gespräche führen. •

schaften wurde der Gesetzentwurf ein zweites Mal kurzfristig von der Tagesordnung des Bundestags-Innenausschusses genommen. CDU-Fraktionsgeschäftsführer Michael Grosse-Brömer erklärte, die Bundesregierung wolle nach den erheblichen Protesten noch einmal mit allen Beteiligten Gespräche führen. •

? ... nachgefragt



Foto: GdP

Die Polizei hat angesichts der demografischen Entwicklung bei Straftaten immer öfter mit Senioren als Opfer aber auch als Tatverdächtige zu tun. Welche Konsequenzen dies für die BeamtInnen hat, erklärt Bernhard Witthaut, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

„Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen bei ihrer Arbeit besser auf den Umgang mit älteren Menschen bei der Kriminalitätsbekämpfung vorbereitet sein. Egal ob Täter oder Opfer, sie erscheinen nach Straftaten oft äußerst hilflos oder emotional stark angegriffen. In diesen Ausnahmesituationen müssen die Betroffenen möglichst aufgefangen werden, auch um Hinweise für die Ermittlungen zu erhalten. Zudem ist zu bedenken, dass es im höheren Lebensalter eine durch Altersprozesse entstehende Schuldfähigkeit geben kann.“

Wir regen deshalb – wie beim Umgang mit jungen Leuten schon praktiziert – eine spezielle Ausbildung der Polizistinnen und Polizisten an, damit sie auch mit diesem Phänomen professionell umgehen können. Die Zeit drängt. Die Zahl der tatverdächtigen Männer und Frauen ab 60 Jahre nahm seit 1993 um fast 50 Prozent auf über 152 000 zu, die der Opfer im vergangenen Jahrzehnt um etwa 20 Prozent auf fast 53 200.

IG BAU

Rente im Fokus

Eine gerechte Rente, mehr Investitionen in den sozialen Wohnungsbau und in die Infrastruktur sowie eine Abkehr von der Schuldenbremse sind die wichtigsten politischen Forderungen der IG BAU im Wahljahr 2013. Gleichzeitig stehen auch tarifpolitische Herausforderungen auf der Agenda. Mit dem Bauhauptgewerbe, der Gebäudereinigung und der Baustoffindustrie stehen gleich in drei großen Branchen Tarifverhandlungen an. Für die 750 000 Beschäftigten im Bauhauptgewerbe fordert die IG BAU 6,6 Prozent mehr Entgelt. Die Verhandlungen beginnen am 20. Februar. Die Branche stünde wirtschaftlich gut da, betont der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel und warnt: „Ein Loblied der Arbeitgeber über ihre gute, stabile Situation passt nicht zu einer Blockadehaltung, wenn es um faire Bezahlung geht.“ •

DGB und GEW

Prüfstelle gefordert

Der DGB und seine Mitgliedsorganisationen sorgen sich um das Unterrichtsfach Wirtschaft. Das Material für die SchülerInnen werde zunehmend – meist auch kostenfrei – aus der Finanz- und Wirtschaftsbranche zur Verfügung gestellt. In einem gemeinsamen Schreiben an die Kultusministerkonferenz fordern DGB und GEW eine „staatliche verantwortete Prüfstelle für Unterrichtsmaterialien“ einzurichten. In dem Schreiben sprechen sie sich ausdrücklich gegen ein zusätzliches beziehungsweise monodisziplinäres Unterrichtsfach Wirtschaft aus, wie es von den Arbeitgebern gefordert wird. Ökonomische Fragestellungen müssten im Zusammenhang mit politischen oder ökologischen Aspekten behandelt werden. •

www.schule.dgb.de

Anzeige

ACE Auto Club Europa
Wer sichere Autos und gute Straßen baut, braucht sichere Arbeit und gute Löhne.
 Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Schöngefärbte Botschaften

Die Studie einer Beratungsfirma beschreibt, wie bis 2025 eine neue Vätergeneration Familie, Gesellschaft und Wirtschaft verändert. Der gut gemeinte Ausblick ignoriert die Interessenkonflikte zwischen Unternehmen und ArbeitnehmerInnen, meint der Publizist Thomas Gesterkamp.

Im Mittelpunkt der familienpolitischen Debatte der letzten Jahre stand das Thema Elternzeit. Langfristig aber entscheidet sich an den Arbeitsplätzen von Vätern und Müttern, ob Rollenexperimente möglich sind. Eine neue Trendstudie beschreibt jetzt, wie Väterlichkeit künftig zwischen Familie und Beruf gelebt werden kann. Sie präsentiert das Thema als Win-win-Situation und unterstellt Firmen ein profitables Eigeninteresse, wenn Beschäftigte berufliche und persönliche Belange ins Gleichgewicht bringen können. Institute wie Prognos haben der familienfreundlichen Personalpolitik schon vor Jahren eine Rendite von bis zu 25 Prozent bescheinigt. **Mit ökonomischen Argumenten sollen zögerliche Manager überzeugt werden**, dass es sich keineswegs um „Sozialklimbim“ handelt. Die gut gemeinte Argumentation ist nicht besonders realistisch. In der kurzfristig angelegten Logik der Betriebswirtschaft ist ein Workaholic, solange er nicht ernsthaft seine Gesundheit gefährdet, schlicht effektiver als eine Teilzeitkraft.

Schöngefärbte Botschaften prägen die öffentliche Diskussion. Den politischen Sonntagsreden über die Bedeutung von Familien folgen „Werktagsreden“ über die Notwendigkeit totaler Flexibilität im Betrieb. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt gibt gemeinsam mit Ministerin Kristina Schröder eine Erklärung zu „familienbewussten Arbeitszeiten“ ab; bald darauf fordert er, die Dauer der Elternzeit zu reduzieren. Das Ziel lautet, Mütter schnell wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das unternehmensnahe Institut der deutschen Wirtschaft verlautbart, der Gehaltsunterschied zwischen Männern und Frauen sei viel geringer als oft dargestellt und beruhe auf weiblicher Teilzeit und „familienbedingten Erwerbspausen“. Dass Väter ständig zur Verfügung stehen, höchstens zwei Papamonate nehmen und danach auf keinen Fall weniger arbeiten, versteht sich ohnehin von selbst.

Kinder und pflegebedürftige Angehörige sollen im Betrieb vor allem nicht stören und weitgehend unsichtbar bleiben. Zwar wächst die Bedeutung der Loyalität von ArbeitnehmerInnen angesichts des Fachkräftebedarfs in bestimmten Branchen und Regionen. Eine langsam wachsende Minderheit auch der männlichen Mitarbeiter sucht einen alternativen Karriereweg. Luxushotels und schnelle Dienstwagen

sind nicht mehr alles, **Rücksichtnahme auf private Verpflichtungen wird erwartet**. Das gewerkschaftspolitische Thema Arbeitszeitverkürzung taucht in der Expertise allerdings nur am Rande auf. Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit existieren selbstverständlich auch beim Thema Vereinbarkeit. Hier offenbart sich das Dilemma jener



Thomas Gesterkamp, 55, arbeitet als freier Journalist in Köln. Er hat über „Männliche Arbeits- und Lebensstile in der Informationsgesellschaft“ promoviert und mehrere Bücher zum Thema geschrieben.
www.thomasgesterkamp.de

„Work-Life-Experten“, die Beratung für Firmen anbieten: Allzu radikal dürfen sie nicht für kürzere Arbeitszeiten plädieren, wenn sie Aufträge von den Unternehmen erhalten wollen.

In der aktuellen Studie fehlt vor allem eine präzise Beschreibung des Wertekonflikts zwischen dem Interesse der modernen Väter an einem ganzheitlichen Leben und dem Festhalten traditioneller Vorgesetzter am männlichen Arbeitsethos. **Die Führungsetagen beklagen Freizeitorientierung, nachlassenden Aufstiegswillen und Scheu vor Verantwortung** in der „Generation Y“, den Geburtsjahrgängen ab 1980. Es sei eine Herausforderung, den Fokus der sinnsuchenden Ypsiloner „konstant auf Leistung zu richten“, orakelt eine Personalexpertin. Die Top-Etage lehnt kürzere Arbeitszeiten nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen ab. Sie will die jüngeren Kollegen erziehen: Schluss mit der Kuschelpädagogik, ab ins kalte Wasser!

Nur einzelne Firmen haben bisher überzeugende Konzepte vorgelegt, die Eltern oder pflegenden MitarbeiterInnen helfen. Die Vorzeigebispiele prägen aber den Diskurs auf Tagungen, in Wettbewerben oder Zertifizierungsverfahren. So entsteht der falsche Eindruck, es handele sich um einen vorherrschenden Trend. Unberührt davon hält sich in den meisten Unternehmen eine Betriebskultur, die durch lange Arbeitszeiten, Überstunden und fehlende Zeitsouveränität geprägt ist. Flexibilisierung im Firmeninteresse deckt sich oft nicht mit den Wünschen der Beschäftigten. Die digitale 24-Stunden-Ökonomie verhindert eine gelungene Balance. ●

Väter in Unternehmen 2025

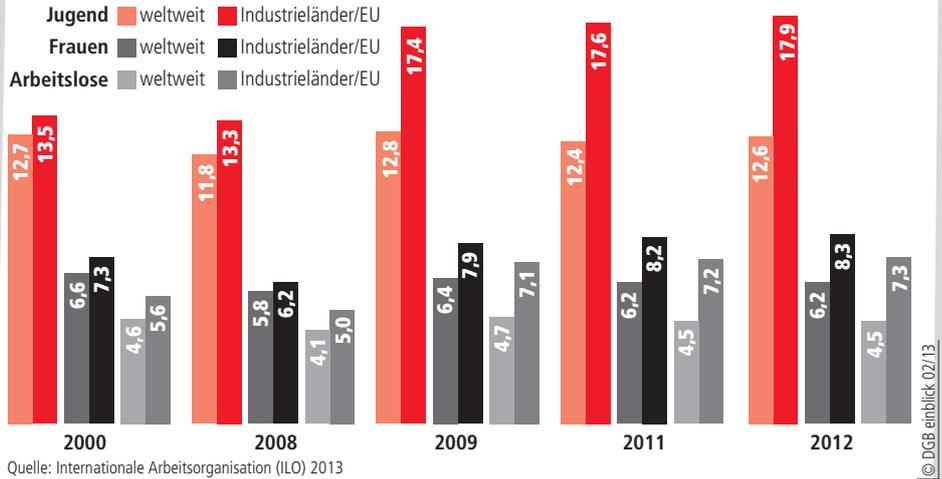
Grundlage der Trendstudie „Moderne Väter – Wie die neue Vätergeneration Familie, Gesellschaft und Wirtschaft verändert“ ist eine Online-Umfrage unter 1000 Vätern in Deutschland. Zusätzlich wurde auf andere Einstellungsuntersuchungen und auf Experteninterviews zurückgegriffen. Finanzielle Förderer waren die Stadt Hamburg, die Hessenstiftung, die Unternehmensberatung Ernst & Young sowie die deutsche Niederlassung des spanischen Konzerns Telefonica. Die Studie kann unter www.vaeter-ggmbh.de als pdf-Datei heruntergeladen werden.

Der Gehaltsunterschied zwischen Männern und Frauen liege in Deutschland bei unter zwei Prozent, behauptet eine aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW). Der niedrige Wert steht im Gegensatz zu Berechnungen etwa der EU oder der OECD, die Differenzen von über 20 Prozent belegen. Der IW-Vergleich berücksichtigt Faktoren wie Teilzeitschäftigung, Bildungsstand, Dauer der Betriebszugehörigkeit und familienbedingte Auszeiten. Frauen, so die arbeitgebernahen Wissenschaftler, machen seltener Karriere, weil sie deutlich mehr in Teilzeit arbeiten – „eine Beschäftigungsform, die sich mit Führungsverantwortung schwer vereinbaren lässt“.

Globale Jobkrise: Vor allem junge Menschen arbeitslos

Die weltweite Beschäftigungskrise hat sich nach einer leichten Erholung zu Beginn des Jahrzehnts wieder verschlimmert. Das ist das Ergebnis des gerade veröffentlichten ILO-Berichts zu globalen Beschäftigungstrends. Am schlimmsten trifft es junge Menschen: 2012 waren weltweit 73,9 Millionen Jugendliche ohne Arbeit, bis 2014 dürfte ihre Zahl um eine halbe Million steigen. In Europa sind zurzeit 12,7 Millionen Jugendliche arbeitslos. Das sind zwei Prozent mehr als vor Beginn der Krise im Jahr 2008.

Arbeitslosenquote verschiedener Personengruppen (in Prozent)



14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

- 6.2.** GEW, Diskussion „Was für ein Hochschulgesetz wollen wir? Was ist gute Personalpolitik?“, Hamburg
- 7.2.** DGB, Ringvorlesung „Wohlstand ohne Wachstum – Natur- und Umweltschutz: Grundlage einer nachhaltigen Entwicklung“, Berlin
- 12.2.** DGB, Diskussion „Man glaubte 1933 nicht an 12 Jahre Hitler-Diktatur“, Bremen
- 13.2.** DGB Sachsen, Menschenkette im Stadtzentrum und Protestaktionen gegen geplanten Neonaziaufmarsch, Dresden
- 14./15.2.** Hans-Böckler-

- Stiftung, „15. Hans-Böckler-Colloquium: Wissenschaftlicher Nachwuchs zum Arbeits- und Sozialrecht“, Erfurt
- 14.2.** DGB, Ringvorlesung „Abschlussveranstaltung Wohlstand ohne Wachstum“, Berlin
- 16.2.** DGB Berlin-Brandenburg, Tagung „umFAIRteilen – aber wie?“, Berlin
- 18.2.** Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Ein menschenwürdiges Leben kommt nicht von allein“, Berlin
- 19.2.** DGB Nord, Diskussion: Staatlicher Arbeitsschutz – Quo Vadis?, Kiel

personalien

••• **Christian Plaep**, 40, ist seit 15. Dezember neuer Pressesprecher beim IG Metall-Vorstand in Frankfurt. Seit 2009 war er in gleicher Funktion beim World Wide Fund For Nature (WWF) tätig. Als Journalist hat er zudem für WDR, NDR und N-TV gearbeitet.

Tipp

DGB-Broschüre: Arbeitszeiten in verschiedenen Lebensphasen gestalten, Bestellungen: www.bit.ly/dgb_zeit (kostenlos, es fallen lediglich Versandkosten an)

Die klassische (männliche) Erwerbsbiografie – Schule, Ausbildung, Arbeit, Rente – ist überholt. Heute ist die Rede von nicht-kontinuierlichen Lebensläufen für beide Geschlechter. Deshalb stehen Familien verstärkt vor der Aufgabe, ihre gemeinsame Zeit zu gestalten. Mit der Broschüre „Arbeitszeiten in verschiedenen Lebensphasen gestalten“ erläutert der DGB das Konzept der lebenslauforientierten Arbeitszeitgestaltung. Unter anderem berichten ArbeitnehmerInnen, Betriebsräte und GewerkschafterInnen aus der Praxis. Rechtliche Grundlagen und Tipps, um Zeitkonten zu regeln, ergänzen den DGB-Ratgeber.

Schlusspunkt.

„Wegen 500 Euro pro Semester wandert keiner zum kostenlosen Studium nach Berlin aus.“

Der frühere bayrische Wissenschaftsminister Thomas Goppel (CSU), der die Studiengebühren einführte, zum Volksbegehren der Bayern gegen die Studiengebühren in einem Interview mit der „Augsburger Allgemeinen“ vom 30. Januar 2013

IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Gunter Lange, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor. **Beilagenhinweis:** Einer Teilaufgabe des einblick liegt eine Information des Landesmuseums für Technik und Arbeit in Mannheim „Technoseum“ bei.

Arbeitnehmerüberlassung

Darf nur vorübergehend sein

Eine auf Dauer angelegte Arbeitnehmerüberlassung verstößt gegen das Gesetz; denn nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz erfolgt die Genehmigung zur Überlassung nur, wenn diese vorübergehend ist. Wird dagegen verstoßen, so entsteht ein Arbeitsverhältnis zwischen dem Leiharbeitnehmer und dem Entleiher.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,
Urteil vom 9. Januar 2013 - 15 Sa 1635/12

Dienstreisen

Nicht bei zeitlicher Versetzung

Ein Polizeibeamter, der zeitlich befristet an ein Polizeiausbildungsinstitut versetzt ist, darf seine Fahrten von der Wohnung zur Arbeitsstätte nicht als Dienstreisen abrechnen. Er kann nur die Entfernungspauschale geltend machen.

Finanzgericht Münster,
Urteil vom 28. Februar 2012 - 6 K 644/11 E

Gesetzliche Unfallversicherung

Schneeballschlacht ist geschützt

Erleidet ein Lehrer bei einer Schneeballschlacht mit seinen Schülern eine Augenverletzung, so ist dies ein Dienstunfall. Auch wenn der Lehrer gegen ein wirksames Verbot des Dienstherrn verstoßen hat, verliert er damit nicht dessen dienstunfallrechtliche Fürsorge. Denn wie im gesetzlichen Unfallversicherungsrecht schließt selbst verbotswidriges Verhalten einen Versicherungsfall nicht aus.

Verwaltungsgericht Freiburg,
Urteil vom 4. Dezember 2012 - 5 K 1220/11

Internet

Keine Kündigung bei Surfen im Dienst

Einem Arbeitnehmer darf allein wegen des Besuchs von Internetseiten mit pornografischem Inhalt nicht gekündigt werden. Der Arbeitgeber hat zunächst eine Abmahnung als milderes Mittel zu wählen. Das gilt auch, wenn die private Nutzung des Internets im Dienst untersagt ist.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 19. April 2012 - 2 AZR 186/11

Mobbing

Ist keine Berufskrankheit

Mobbing am Arbeitsplatz und seine gesundheitlichen Folgen sind keine anerkannte Berufskrankheit. Die Erkrankung kann auch nicht „wie“ eine Berufskrankheit entschädigt werden, weil keine Erkenntnisse vorliegen, dass eine bestimmte Berufsgruppe bei ihrer Tätigkeit in weitaus höherem Maße als die übrige Bevölkerung Mobbing ausgesetzt ist. Vielmehr kommt Mobbing in allen Berufsgruppen sowie im privaten Umfeld vor. Da keine zeitlich auf höchstens eine Arbeitsschicht begrenzte Einwirkung vorliegt, ist ferner auch kein Arbeitsunfall anzuerkennen.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 23. Oktober 2012 - L 3 U 199/11

Gesetzliche Unfallversicherung

Längerer Weg zur Arbeit ohne Schutz

Tritt der Arbeitnehmer den Weg zur Arbeit von der Wohnung der Freundin an, schützt ihn die Unfallversicherung nicht, wenn dieser Weg über achtmal so lang ist, wie der von der eigenen Wohnung.

Der Fall: Der Arbeitnehmer war von der 55 km entfernten Wohnung seiner Verlobten zur Arbeit gefahren. Der Weg von seiner Wohnung hätte nur etwa 6,5 km betragen. Auf dem Weg zur Arbeit erlitt er einen Verkehrsunfall. Die Unfallkasse lehnte die Anerkennung des Wegeunfalls ab, der längere Weg zur Arbeit sei nicht durch die betriebliche Tätigkeit geprägt. Das Sozialgericht als erste Instanz erkannte den Wegeunfall an. Auch der Weg von einem anderen Ort könne Ausgangspunkt eines versicherten Weges sein, wenn wegen der häufigen Übernachtungen bei der Freundin von einer gespaltenen Wohnung auszugehen sei. Diese Entscheidung hat das Landessozialgericht aufgehoben und die Klage abgewiesen.

Das Landessozialgericht: Nach der Beweisaufnahme ist davon auszugehen, dass der Arbeitnehmer die Wohnung der Freundin nicht wie eine eigene Wohnung nutzt, sondern nur zu Besuch war. Die Differenz zwischen den Arbeitswegen ist unverhältnismäßig. Von einem versicherten Arbeitsweg ist deshalb nicht auszugehen.

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 27. September 2012 - L 4 U 225/10

Fristlose Kündigung

Wegen Böller im Dixi-Klo

Die Verletzung eines Arbeitskollegen durch einen explodierenden Feuerwerkskörper rechtfertigt die fristlose Kündigung des Arbeitsverhältnisses, ohne dass es einer vorherigen Abmahnung bedarf. Das gilt auch, wenn die Verletzung des Kollegen nicht beabsichtigt, sondern Folge eines fehlgeschlagenen Scherzes war.

Der Fall: Der 41 Jahre alte Arbeitnehmer war seit 15 Jahren als Vorarbeiter in der Firma beschäftigt, als er in einem Dixi-Klo einen Feuerwerkskörper zur Explosion brachte, während sich ein Arbeitskollege dort aufhielt. Der in der Toilette befindliche Kollege zog sich bei der Explosion Verbrennungen am Oberschenkel, im Genitalbereich und an der Leiste zu. In der Folge war er drei Wochen arbeitsunfähig. Wegen des Vorfalles wurde eine fristlose Kündigung ausgesprochen. Die dagegen gerichtete Klage blieb ohne Erfolg.

Das Arbeitsgericht: Es ist unerheblich, ob – wie von dem Arbeitnehmer dargestellt – der Böller von oben in die Toilettenkabine geworfen oder an der Tür befestigt wurde, und sich aus Versehen löste. In beiden Fällen liegt ein tätlicher Angriff vor, bei dem mit erheblichen Verletzungen zu rechnen war. Bereits darin liegt ein wichtiger Grund zur fristlosen Kündigung. Dass der nicht sachgerechte Umgang mit Feuerwerkskörpern zu schweren Verletzungen führen kann, ist bekannt. Das gilt erst recht, wenn wie hier in einer Weise damit hantiert wird, dass dem Betroffenen keinerlei Reaktions- und Fluchtmöglichkeit gegeben ist. Einer vorhergehenden Abmahnung bedurfte es angesichts der Umstände des Falles nicht. Trotz der bereits langen Betriebszugehörigkeit von 15 Jahren war dem Arbeitgeber hier auch nicht einmal mehr die Einhaltung einer Kündigungsfrist zuzumuten. Dabei war zum einen die Schwere der Pflichtverletzung ausschlaggebend und zum anderen auch der Umstand, dass der Arbeitnehmer als Vorarbeiter gerade gehalten gewesen wäre, solches Fehlverhalten zu unterbinden.

Arbeitsgericht Krefeld
Urteil vom 30. November 2012 - 2 Ca 2010/12